

## **Bonn – Stadt der neuen Integrationschancen**

Wir GRÜNE sehen Einwanderung als Gewinn, sie bereichert unser Land, nicht nur durch gezahlte Steuern, sondern vor allem durch Lebensgeschichten und –erfahrung, durch Sprachen und Kultur. Einwanderung bildet Brücken in andere Länder, sie schafft in der Globalisierung einen zusätzlichen Konkurrenzvorteil. Wir freuen uns, dass es Bonn in dieser Hinsicht mit 170 Nationalitäten innerhalb unserer Stadtgrenzen so gut geht. „Land der neuen Integrationschancen“ nennt auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in ihrem Integrationsbericht. Allzu selten jedoch werden solche Chancen bisher begriffen und gesehen, auch hier bei uns in Bonn. Der NRW-Integrationsbericht sagt auch, dass die Zahl der Einbürgerungen zurückgeht, dass insbesondere hochqualifizierte Menschen mit Einwanderungsgeschichte sich sogar mit Ab- und Auswanderungsgedanken tragen. Es läuft also einiges schief in der Integrationspolitik.

### **Integrationspolitischer Stillstand beendet**

Hier in Bonn war es in den letzten Jahren vor allem Stillstand. Die politische Führung der Stadt packte keins der akuten Probleme an – von der dringenden Förderung für Kinder und Jugendliche (im Gegenteil, Kinderarmut nahm zu), über den gleichberechtigten Dialog mit MigrantInnenorganisationen bis zum Wunsch einiger Gemeinden nach einem Moschee-neubau. Erst Ende 2007 wurden Eckpunkte für ein Integrationskonzept vorgelegt, wie es in anderen Städten schon seit vielen Jahren existiert. Und erst im Februar 2008 wurde eine kompetente Integrationsbeauftragte gewonnen, die seitdem mit einem großen Berg jahrelang unerledigter Arbeit kämpfen muss.

### **Integration - eine Aufgabe für alle Ämter**

Die Einrichtung dieser Stabsstelle für Integration war ein richtiger Schritt, der allerdings weitere Konsequenzen erfordert. Diese Stabsstelle darf kein Abladeplatz für von anderen Ämtern nicht gelösten Problemen werden. Vielmehr muss es ihr gelingen, den Dezernaten und Fachämtern zu vermitteln, dass sie Integration und Interkulturalität als Teil ihrer Alltagsaufgaben erkennen („Querschnittsaufgabe“).

### **Mehr Respekt für MigrantInnenorganisationen**

Integrationspolitik funktioniert nur gemeinsam mit den Betroffenen. Das heißt, Stadtverwaltung und Stadtpolitik müssen MigrantInnenorganisationen als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe respektieren. Hierzu müssen sie entsprechend gefördert werden. Nur ehrenamtlich ist die wichtige Arbeit der MigrantInnenorganisationen nicht zu bewältigen.

Auch Sportvereine von MigrantInnen können im Bereich Integration und Sport wichtige Partner für die Kommune sein.

## **Was wir besonders fördern wollen**

Einen großen Bedarf sehen wir im Ausbau der interkulturellen Arbeit der Kitas und Familienzentren und einer entsprechenden Qualifizierung der ErzieherInnen.

In den Jugendhäusern brauchen wir vor allem an den Abenden und Wochenenden ausgeweitete Öffnungszeiten.

In Medien und Politik ist – zu Recht – viel von der notwendigen Selbstbestimmung junger Migrantinnen die Rede. Oft fehlt es dann aber an konkreter Unterstützung. Die CDU/FDP-Landesregierung hat sogar die Landesförderung für wichtige Mädchenzentren und Frauenhäuser gekürzt. Die Stadt Bonn muss darauf umso mehr ein Augenmerk legen: Mädchenläden und Initiativen von Migrantinnen müssen gezielt gestärkt werden.

Wir unterstützen Ansätze für eine sozialraumorientierte Integrationsarbeit in den Stadtteilen. Mit dem Stadtteil Tannenbusch sollte Bonn sich für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ bewerben. Mit diesem Förderprogramm lassen sich StadtteilmanagerInnen finanzieren, die in anderen Städten bereits gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern praktische Alltagsprobleme anpacken. Wir wissen, dass z.B. die Jugendlichen in Tannenbusch zum Teil recht klare und präzise Vorstellungen davon haben, wie bei ihnen Kriminalität bekämpft und der Stadtteil insgesamt aufgewertet werden kann. Die städtische Politik müsste hier nur endlich ihre Arbeit machen.

## **MigrantInnen einstellen - in Verwaltung, Polizei, Berufsberatung**

Dass das oft nicht geschieht, liegt daran, dass in unseren Bürokratien oft die Sachkenntnis über die Lebenslage in bestimmten Stadtteilen oder interkulturelle Zusammenhänge fehlt. Hier sind zielgerichtete Fortbildungsprogramme aber auch eine klarere Personalentwicklung nötig: MigrantInnen einstellen, und zwar schnell und zahlreich. Während die NRW-Polizei bereits unter MigrantInnen wirbt, ist die Bonner Stadtverwaltung diesbezüglich bisher träge und zögerlich. Eine solche gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen ignorante Verwaltung kann sich unsere Stadt nicht leisten.

## **Bonn als Mitglied der „Charta der Vielfalt“**

Zu Recht hat die Stadt Bonn auf grüne Initiative hin die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet, zu der sich mittlerweile zahlreiche private und öffentliche Unternehmen bekennen. Diese Charta ist kein Akt sozialer Barmherzigkeit, sondern ein Bekenntnis zu internationaler Orientierung im Zeitalter der Globalisierung und zum Ehrgeiz, gesellschaftliche Vielfalt im eigenen

Unternehmen und der eigenen Verwaltung angemessen widerzuspiegeln. Wir erwarten von der Stadtverwaltung, dass sie Kennzahlen entwickelt, mit denen sie ihre eigenen diesbezüglichen Anstrengungen nachvollziehbar und überprüfbar macht.

## **MigrantInnen auf große und kleine Bühnen**

Bonn hat einen großen Reichtum an kulturellen Einrichtungen und Unternehmen, öffentlichen und privaten, große Oper und kleine Initiativen. Einzelne von ihnen haben zu einzelnen Anlässen auch mal integrationspolitisch guten Willen gezeigt, wie z.B. das Stadttheater mit seiner letzten Biennale zur Türkei. Solche Ansätze müssen systematisiert werden. Öffentlichen und öffentlich geförderten Kultureinrichtungen wollen wir abverlangen, zielgruppengerechte Programme für Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu entwickeln und sie auch als KulturmacherInnen zu gewinnen und zu fördern. Das internationale Bonn darf nicht ausgeblendet werden – es soll auf kleine wie große Bühnen!

## **Antidiskriminierungsbüros als Hilfe für Betroffene**

Bonn hat zum Glück bisher keine „No-Go-Areas“. In unserer Stadt können sich alle Menschen im Großen und Ganzen sicher bewegen. Dennoch gibt es auch im hiesigen Alltag nicht nur interkulturelle Gemeinsamkeit, sondern auch vielfältige Diskriminierung. Mit Recht fordert die Europäische Union von ihren Mitgliedsländern, mehr dagegen zu tun. In Köln sind bei fachkompetenten freien Trägern „Antidiskriminierungsbüros“ angesiedelt, die Aufklärungsarbeit leisten und im Alltag Ansprechstelle für Betroffene sind. Das wollen wir auch für Bonn realisieren.

## **Mehr Hilfe für Flüchtlinge**

Aufgrund der Abschottungspolitik der Europäischen Union gelangen kaum noch Flüchtlinge nach Deutschland. NRW erreichten in 2007 noch gerade einmal 5.000 Menschen, die sich um politisches Asyl bewarben, in Bonn waren es ein paar hundert. Offiziell leben insgesamt zur Zeit 2.600 Menschen als Flüchtlinge in Bonn. Hinzu kommen Menschen, die sich ohne legale Papiere hier aufhalten. Für uns ist klar, dass auch diese Menschen Gesundheitsschutz brauchen, dass ihre Kinder in Kitas und Schulen gehen sollen; sie brauchen Zugang zu Berufsfördermaßnahmen und Arbeitsvermittlung; Menschenwürde gilt für alle. Darum unterstützen wir Initiativen, Gruppen und Gesprächskreise, die sich für diese Menschen einsetzen, ihnen Beratung anbieten und helfen, ihr schwieriges Leben zu bewältigen. Die städtische Ausländerbehörde sollte ihre Ermessensspielräume hier voll ausschöpfen. Die Stadtverwaltung muss insgesamt erkennen, dass eine stärkere soziale Integration der Flüchtlinge in Bonn ein Gewinn für unsere Stadt wäre und ihr als „Internationaler Stadt“ und UNO-Standort gut zu Gesicht stünde. Auf Landes- und

Bundesebene setzen wir GRÜNE uns selbstverständlich für eine flüchtlingsfreundlichere Gesetzgebung ein.

### **Interkulturelle Kompetenz in Berufsberatung und Wirtschaftsförderung**

Ausbildungs- und Berufsberatung, Wirtschaftsförderung und Existenzgründungshilfen sind heute ein wichtiges integrationspolitisches Arbeitsfeld. Zu oft berichten Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte, dass sie nicht entsprechend ihren Talenten beraten, sondern aus Inkompetenz der Beratung heraus entmutigt werden. In die Wirtschaftsförderung der Stadt wie in die Sozialberatung der ARGE (Arbeitsgemeinschaft der Agentur für Arbeit und der Stadt Bonn) muss schnellstens interkulturelle Kompetenz einziehen. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind als Erwerbssuchende wie auch als UnternehmerInnen und ExistenzgründerInnen zu wichtig, als dass sie wie bisher abgespeist werden dürfen. Auch die Gewerbevereine in der City und in den Stadtteilen sind aufgerufen, auf ihre ausländischen (Noch-)Nichtmitglieder zuzugehen. Gerade das Kleingewerbe arbeitet arbeitsplatzintensiv und ist ein wichtiger Partner im Kampf gegen Erwerbslosigkeit.